

Allianzen
 alte Bundesrepublik
 altern
 Antisemitismusdefinition
 BI
 barrierefrei
 Beziehungsanbahnung
 Bruderland
 citizenship
 Dauerleihgabe
 eckiger Tisch
 Eigenheim
 einseem
 Einzugsgebiet
 Engagement
 erben
 gesundheitliche Versorgungsstrukturen
 gleichwertige Lebensverhältnisse
 Grundsteuer
 Intersektional
 Kneipe
 Ko-
Kohleausstieg
 Labor
 Manifest
 mehrsprachig
 Mindestlohn
 Mitter-Studio
 moralisieren
 Nebenkloge
 obdachlos
 Plattformökonomie
 politische Bildung
 Privileg
 Racial Profiling
 repräsentativ
 Schulbuch
 Seendetretung
 soziale Mischung
 soziale Reproduktion
 streiten
 Suchbarkeit
 Tierwohl
 Trans
 Umfrage

Inken Behrmann

Ich wurde Bergmann wie mein Vater und fuhr ein,
 aber mein Sohn wird hier kein Bergmann mehr sein.
 Die Gleise rosten und das Förderband ist leer,
 die braune Kohle von hier will jetzt keiner mehr.

Ach meine Grube, Brigitta, ist pleite.
 Und die letzte Schicht lang schon verkauft.
 Und mein Bagger, der stirbt in der Heide.
 Und das Erdbeben hört endlich auf.

Gerhard Gundermann, »Brigitta« (1992)

Transformationsdynamiken entschlüsseln

Von weltoffen bis wütend, unter den Engagierten und Enttäuschten: Siebzig Prozent der deutschen Bevölkerung machen sich Sorgen um das Klima. Laut einer Erhebung des Forschungsinstituts More in Common, das in diesem Jahr den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bezug auf den Klimaschutz untersuchte, fand sich in allen gesellschaftlichen Gruppen eine grundsätzlich geteilte Problemdiagnose in Bezug auf die Klimakrise (2024, S. 19). Weniger Übereinstimmung gibt es jedoch, wenn konkrete Klimaschutzmaßnahmen zur Diskussion stehen. Denn diese sind häufig mit sehr grundlegenden Transformationen verbunden: Die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende fordern den ökonomischen Wandel ganzer Regionen, die Verschiebung von Wertschätzung regionaler Arbeit und Leistung, den Verlust von Identifikationen mit regionaler Kultur sowie die Veränderung von individuellen Lebensgewohnheiten. Stehen individuelle und gesellschaftliche Normalitäten derart infrage, werden die Transformationsbereiche mitunter zu erbitterten Konfliktfeldern. Diese Konflikte wurden dabei häufig als gefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewertet. Doch die Geschichte des Kohleausstiegs zeigt: Konflikte sind lebensnotwendig für eine lebendige Demokratie und Gesellschaft. Der »Kohleausstieg« ist in diesem Sinne ein Schlüsselbegriff in der Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Mit ihm lassen sich Perspektiven des globalen

Klimaschutzes auf der einen und des lokalen Strukturwandels auf der anderen Seite erschließen. Darüber hinaus zeigt die Geschichte des Kohleausstiegs, wie ein Konflikt von sozialen Bewegungen aufgeworfen werden kann, dann in institutionelle Bahnen überführt wird und schließlich den gesellschaftlichen Status quo verändert.

Im Begriff des »Kohleausstiegs« überschneiden sich verschiedene Diskurse und erzeugen begriffliche Spannung: Auf der einen Seite steht das große semantische Feld der ökologischen Transformation. Begriffe wie »CO₂-Reduktion«, »nachhaltige Energiegewinnung« und »Klimaziele«, sprich Klimaschutz, sind positiv besetzt. Auf der anderen Seite steht das semantische Feld des »Strukturwandels«, zu dem »Arbeitsplatzverlust«, »Strukturschwäche«, »Energiesicherheit« und »Energiekonzerne« gehören. Hier ist der »Kohleausstieg« negativ mit ökonomischen Gefahren und Ungewissheit behaftet. Der »Kohleausstieg« steht im Zentrum dieses politischen und semantischen Konfliktfeldes. Zuletzt gibt es sprachliche Analogien zwischen dem »Atomausstieg« und »Kohleausstieg«, mit denen sich eine Kontinuität in den ökologischen Bewegungen herstellen lässt. Die jüngere Anti-Kohlebewegung kann so an die Erfolge der vorangegangenen Anti-Atombewegung anknüpfen. Die Spannung im Begriff des »Kohleausstiegs« weist sowohl zeitliche als auch räumliche Dimensionen auf. Die Perspektive auf den Klimawandel muss notwendigerweise global sein, die auf den Strukturwandel regional. Wünscht man sich vor Ort eine sanfte, langsame Transformation, drängen soziale Bewegungen mit der Katastrophe und Kippunkten vor Augen auf schnelles Handeln. Der Begriff »Kohleausstieg« hat somit eine Schlüsselfunktion für die Umsetzung der klimapolitischen Transformation.

In der politischen Arena zeigen sich diese verschiedenen semantischen Felder des »Kohleausstiegs« als valider Interessenskonflikt, und dies mitunter gewaltförmig und bildgewaltig: Tausende Menschen in weißen Anzügen, die Tagebaue besetzten und Kohlekraftwerke von der Kohlezufuhr abschnitten, brachten mit Nachdruck ihren Wunsch nach mehr Klimaschutz zum Ausdruck. Ab 2015 forderten sie unter der Parole »Ende Gelände« einen »sofortigen Kohleausstieg«. Mit teils tagelangen Blockaden von Kohlekraftwerken machten sie die Kohleregionen in den Jahren 2015 bis 2023 immer wieder zum Schauplatz deutscher Klimapolitik. Darauf antworteten eingefleischte – zumeist männliche – Kohlebefürworter mit Motorrad-Rallies und Demonstrationen, 2016 wurde sogar eine Blockadeaktion in der Lausitz angegriffen.

Gegen die Forderungen der Klimaschützer*innen positionierten sich auch die Energiekonzerne und die zuständige Industriewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE). Ihre Haltung: Die Kohleverstromung müsse bis mindestens 2047 fortgesetzt werden. Auch die Kommunen in der Lausitz und in Nordrhein-Westfalen schalteten sich ein. Sie fürchteten um Arbeitsplatzverluste und den Einbruch der Wirtschaftsleistung in ihren strukturschwachen Regionen. Ab dem Jahr 2015 sorgten also mit den Klima-Aktivist*innen und den Kohlebefürworter*innen verhältnismäßig kleine, aber sehr engagierte Gruppen für einen gesellschaftlichen Großkonflikt.

Nachdem sich dieser außerparlamentarische Konflikt um den Kohleausstieg in den darauffolgenden zwei Jahren immer weiter zuspitzte, folgte nach der Bundestagswahl 2017 der erste Versuch einer Institutionalisierung und Befriedung: Im Jahr darauf setzte die schwarz-rote Bundesregierung die Kommission »Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung«, auch »Kohlekommission« genannt, ein. Sie sollte Kompromissvorschläge dafür erarbeiten, wann der Kohleausstieg in welchem der drei deutschen Reviere (Rheinland, Leipziger Umland, Lausitz) erfolgen sollte, welche finanziellen Kompensationen es für die Konzerne, die Beschäftigten und die Kommunen sowie Bundesländer geben würde und wie die wirtschaftliche Entwicklung der Reviere gesichert werden könnte. Ihr Ergebnis war das Ziel eines Kohleausstiegs bis zum Jahr 2038, gekoppelt an erhebliche finanzielle Ausgleichszahlungen an Konzerne und Bundesländer. Doch mit diesem für den Klimaschutz schlechten Kompromiss wollte sich die wachsende Klimabewegung nicht zufriedengeben, die institutionelle Konfliktbefriedung scheiterte zunächst. Mit der Neubesetzung des zuständigen Ministeriums durch den Grünen Robert Habeck nach der Bundestagswahl 2021 öffnete sich jedoch ein neues Fenster für Verhandlungen über einen früheren Ausstieg im Jahr 2030 – ein Erfolg, auch der Klimabewegung. Das Ministerium für Wirtschaft und Energie war zuvor in Ministerium für Wirtschaft

und Klimaschutz umbenannt worden. Mit der Besetzung des Ortes Lützerath an der Tagebaukante von Garzeiler II im Januar 2023 eskalierte der außerparlamentarische Konflikt zwischen Klimabewegung, dem Konzern RWE und der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein letztes Mal. Aktivist*innen hatten das Dorf über mehrere Jahre besetzt, dort Häuser bezogen und Baumhäuser installiert. Doch die Landesregierung ließ die Besetzung mit einem der größten Polizeieinsätze des Landes NRW im Rekordtempo räumen. Nach einer guten Woche hatte die Polizei das Dorf eingenommen, welches dann umgehend von der RWE abgerissen wurde. So sicherte die Landesregierung auch, dass die Aushandlung des Kohleausstiegs fortan im parlamentarischen Betrieb und nicht mehr in der Arena sozialer Bewegungen stattfinden sollte. Der Konflikt wurde institutionalisiert und führt nun zu einer veränderten gesellschaftlichen Einigung: Deutschland wird seine Energieversorgung im Rheinland ab 2030 und in der Lausitz ab spätestens 2038 ohne Kohleenergie bestreiten.

Es lassen sich demnach drei Schlüsselfunktionen des Begriffs »Kohleausstieg« in Bezug auf Vorstellungen gesellschaftlichen Zusammenhalts aufzeigen. Er verknüpft, erstens, auf semantischer Ebene globale Klimakrisenszenarien mit lokalem Strukturwandel. Auf politischer Ebene werden, zweitens, konkrete, lebensweltliche Bruchstellen der gesellschaftlichen Transformationsaufgabe Klimaschutz sichtbar. Und drittens lässt sich anhand des Kohleausstiegs exemplarisch zeigen, wie ein legitimer und wenig beachteter Status quo der Energieproduktion durch die Klimabewegung zu einem gesellschaftlichen Konfliktfeld wurde, in dem sich große Teile der Öffentlichkeit positionieren mussten und das zu einer gesellschaftlichen Normverschiebung führte.

Vom Schwarzen Gold zur dreckigen Kohle.

Die Geschichte des Ausstiegs

Um die Relevanz der Kohle und die regionalen Schwierigkeiten beim Kohleausstieg in den Revieren zu verstehen, lohnt ein Rückblick in die deutsche Industriegeschichte. Denn für rund 100 Jahre bildete der Kohleabbau das energetische Rückgrat des wirtschaftlichen Wohlstands. Insbesondere durch den Steinkohleabbau erfasste Deutschland in den 1830er Jahren die Industrialisierung: Durch die Erfindung der Dampfmaschine konnte effektiver Kohle abgebaut werden. Die Energieerzeugung auf Basis der Kohle wiederum ermöglichte

mehr Eisenabbau und die Herstellung von Stahl. Auch die Eisenbahn wurde ausgebaut und konnte industrielle Transportwege in kürzester Zeit überwinden. Fortschritte in einem dieser technischen Bereiche machten jeweils sprunghafte Entwicklungen in den anderen möglich – und so entwickelte sich Deutschland nach England zu einem Zentrum der industriellen Revolution. Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte ein weiterer Industrialisierungsschub durch die Möglichkeit, aus Kohle Elektrizität zu gewinnen. Sie ermöglichte einen zeitlich und örtlich flexibleren Einsatz von Energie, denn während die Kohleenergie zunächst nur am Ort der Verbrennung für Industrieprozesse nutzbar war, ließ sich elektrische Energie über Netze transportieren und dadurch vielfältiger einsetzen (Brüggemeier 2021, S. 14). Der heimische Kohleabbau bildete die Grundlage der energieintensiven Stahl- und Chemieproduktion, der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung von Industrie und Bevölkerung und nicht zuletzt des Wirtschaftswachstums. Abbaugebiete der Stein- und Braunkohle waren insbesondere das Ruhrgebiet (Steinkohle), das Rheinland (Braunkohle), die Kohlereviere im Leipziger Land und in der Lausitz. Hier entwickelten sich zentralisierte, auf die Energieproduktion ausgelegte Wirtschaften, die ganze Regionen über Generationen ökonomisch und kulturell prägten. Die heimische Energieversorgung im westdeutschen Rheinland und Ruhrgebiet sowie der ostdeutschen Lausitz war eine Quelle von Stolz und regionaler Identität.

Gut 100 Jahre nach Beginn der Kohleförderung sollte ihr Ende anbrechen: Die Begriffsgeschichte des »Kohleausstiegs« beginnt mit der Entstehung der Anti-Atom-Bewegung, die seit den späten 1970er Jahren mit Forderungen nach einem Ende der Atomenergie und späteren Forderungen nach einer »Energiewende« die Grundlagen für den Kohleausstieg legte. Schon ab den 1960er Jahren hatte die Kohle in Deutschland Konkurrenz bekommen: Nicht nur erwiesen sich billigere Öl- und Gasimporte teilweise als wirtschaftlicher, in Westdeutschland begannen Energieversorger staatlich subventioniert

ihre Energieproduktion auf Atomkraft umzustellen (Türk 2022, S. 72). Das erste kommerzielle Atomkraftwerk ging 1961 in Kahl (Bayern) ans Netz, bis Ende des Jahrzehnts folgten sieben weitere. Im Kontext des Kalten Krieges und des Rüstungswettbewerbs hatte sich Ende der 1950er Jahre in der Kampagne »Kampf dem Atomtod« zunächst der Protest gegen eine nukleare Ausstattung der Bundeswehr formiert. Mit der Öl-Preis-Krise von 1973 und dem Bericht des Club of Rome gerieten Naturzerstörung und Wachstumsglaube in die gesellschaftliche Kritik und es entstanden – auch aus einer orientierungslosen Linken heraus – die ersten Öko-Gruppen. Im Kampf gegen die zivile Nutzung der Atomkraft fanden Friedens- und Ökologie-Bewegung zusammen: Proteste gegen den Bau der Atomkraftwerke in Wyhl im Jahr 1975 und Brokdorf Anfang der 1980er Jahre sowie gegen das Endlager in Gorleben 1977 führten zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt – und wurden zu ikonischen Protestorten der Anti-Atom-Bewegung. Kritik regte sich auch an der Monopolmacht zentraler Energieversorger, die fortwährend auf fossile Energiegewinnung setzten. Gleichzeitig starteten erste Forschungen zur Nutzung von Photovoltaik. In der kurzen Geschichte der Ökologiebewegung lässt sich demnach eine Erweiterung der Forderungen beobachten: vom Atomausstieg über die Nutzung erneuerbarer Energien und – infolge des Club-of-Rome-Berichts *Die Grenzen des Wachstums* aus dem Jahr 1972 – schließlich auch die Forderung nach Energieeffizienz. Die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung wurde schließlich zentral für die Gründung der Partei »Die Grünen«. Mit der erstmaligen Regierungsbeteiligung der Partei auf Bundesebene im Jahr 1998 wurde der Weg für die Energiewende dann endgültig frei: Die rot-grüne Regierungskoalition beschloss den Atomausstieg und schuf mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine sichere Investitionsgrundlage für nichtfossile Energien. Solarstrom, Windenergie und Biomasse erreichten in den Folgejahren immer höhere Anteile im deutschen »Energimix«, d. h. an den verschiedenen fossilen wie erneuerbaren Energieträgern in der Versorgung. Die Geschichte der Energiewende folgte in dieser ersten Phase noch der Logik des technologischen Fortschritts: Innovationen werden entwickelt, marktreif und verdrängen alte Modelle (Wehnert 2017, S. 30 f.). In den Folgejahren wiederum zeigte sich, dass die Verbreitung erneuerbarer Energien nicht automatisch zur Verringerung fossiler Energien führte (ebd., S. 32), sondern ein politischer Konflikt zu deren Beendigung notwendig wurde.

Waren die Triebkräfte, die der Forderung nach einer »Energie-wende« zugrunde lagen, zunächst die Angst vor einem Reaktorunglück, die Frage der Endlagerung und Extraktionskritik, gewann Anfang der 2000er Jahre die Sorge um die Klimakrise größere Relevanz. Deutschland war durch die Kohleverstromung zu einem maßgeblichen Treibhausgas-Emittenten geworden. Denn Braunkohle setzt im Verbrennungsprozess im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern am meisten CO₂ frei (AGORA Energie-wende 2017, S. 23). Bei den Kohlekraftwerken im Rheinland und in der Lausitz handelte es sich um einige der größten einzelnen CO₂-Quellen Europas. Doch statt angesichts der zunehmenden Gewinnung erneuerbarer Energien die Kohleverbrennung herunterzufahren, exportierte Deutschland im Jahr 2015 rund zehn Prozent des hierzulande produzierten Stroms.

Um das Jahr 2010 wurde daher von Klima- und Umweltschutz-Verbänden erstmals die Forderung nach einem »Kohleausstieg« laut. Im Zentrum stand zu Beginn der Ausstieg aus der Steinkohle-verstromung und das Ende von Subventionen des Steinkohlebergbaus. Kurz darauf regte sich auch in den größeren Braunkohlerevieren Protest: Als Konsequenz folgenloser Aktionen vor internationalen Klimagipfeln orientierte sich die deutsche Klimabewegung auf die Verminderung von CO₂-Emissionen in Deutschland – und begann Klimacamps an den lokalen »Orten der Zerstörung« zu organisieren. Die Aktivist*innen erkundeten dort zeitgleich, wie Nachhaltigkeit gemeinsam gelebt werden kann – beispielsweise im selbstorganisierten Bau eines Windrades für die Energieversorgung oder Workshops zu ökologischem Dämmen –, organisierten sich basisdemokratisch und selbstverwaltet und protestierten gegen die lokale Natur- und Klimazerstörung durch den Kohleabbau (Bosse 2015, S. 394–398). In den Kohleregionen war die Kohle jedoch schon zuvor umstritten gewesen: Auf der einen Seite standen jene, die mit dem Bergbau ihr gutes Gehalt verdienten und die oft schon seit Generationen im Kohleabbau oder der -verstromung arbeiteten – auf der anderen Seite jene, die ihre Gesundheit, Verwandte oder Haus und Hof aufgrund der offenen Tagebaue und der daraus resultierenden Luftverschmutzung und Lärmbelastung zu verlieren drohten oder schon verloren hatten. Die Klimabewegung erweiterte nun ab den 2010er Jahren diese lokale Konfliktkonstellation, indem sie die Kohleabbau-regionen zum Kristallisationsort der globalen Klimafrage machte. Einige Jahre lang blieben die Proteste um den Kohleabbau regional begrenzt. Im Jahr 2014 aber lud die rheinländische Gruppe *ausgeCO₂ht* zu einem Aktionsratschlag ein, um eine Strategie zu entwickeln, wie der Kohleausstieg auf die nationale Agenda gehoben werden könnte (Ende Gelände 2022, S. 66). Verschiedene Gruppen einigten sich darauf, zu massenhaften Besetzungen eines Kohletagebaus im Folgejahr zu mobilisieren: Unter dem Namen »Ende Gelände«

besetzten im August 2015 gut 1500 Aktivist*innen den Tagebau Garzweiler II im Rheinland und forderten einen »sofortigen Kohleausstieg«. Mit dieser Maximal-Forderung folgten sie der erfolgreichen radikalen Anti-Atom-Bewegung, die ihrerseits einen »sofortigen Atomausstieg« gefordert hatte.

In den Folgejahren verschärfte sich der Konflikt um den Kohleausstieg zunehmend: In Massenaktionen zivilen Ungehorsams besetzten jedes Jahr mehr Aktivist*innen die Tagebaue in der Lausitz und im Rheinland. In spektakulären Aktionen schnitten sie sogar Kraftwerke von der Kohlezufuhr ab und provozierten Kräfteressourcen mit Energiekonzernen und Polizei-Strategen. Verschiedene gesellschaftliche Akteur*innen nutzten die Protesttage, um sich einzumischen: Umwelt- und Klima-NGOs positionierten sich solidarisch zu den Aktionen zivilen Ungehorsams und forderten ihrerseits einen Kohleausstieg bis 2030. Verschiedene Think-Tanks und wissenschaftliche Institute veröffentlichten Studien und Policy Paper zur Notwendigkeit und Machbarkeit eines Kohleausstiegs bis 2025 (Höhne/Kuramochi et al. 2016), 2030 (Göke/Kittel et al. 2018; Kopiske/Gerhardt 2018), 2035 (WWF Deutschland 2017) oder 2040 (AGORA Energiewende 2016). Auf der anderen Seite positionierten sich die Konzerne RWE im Rheinland und Vattenfall respektive der Stromerzeuger LEAG in der Lausitz gegen einen schnellen Ausstieg. Zum scharfen Gegner des Kohleausstiegs wurde auch die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie mit ihrem Chef Michael Vassiliadis. Sie führten hohe Arbeitsplatzverluste und die unerlässliche Stromerzeugung durch die Braunkohle ins Feld, stritten die Möglichkeit eines Ausstiegs erst ganz ab und hielten diesen schließlich ab dem Jahr 2047 für denkbar. Als dritte Konfliktpartei gegen einen Kohleausstieg positionierten sich Lokal- und Landespolitiker*innen insbesondere aus der Lausitz, Sachsen und Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie etwas gemäßiger in Nordrhein-Westfalen. Ihre Befürchtungen eines Strukturbruchs waren nicht weit hergeholt, gibt es doch in der Lausitz wie im Rheinland eine hohe finanzielle Abhängigkeit von den jeweiligen Energieunternehmen. In NRW sind ein Fünftel der Gemeinden und die Hälfte der Landkreise auch Anteilseigner von RWE (Huth/Bau 2021) – und so finanziell von den Gewinnen des Unternehmens abhängig. Auch in der Lausitz finanzierte Vattenfall durch Kompensationszahlungen an Bergbau-Randgemeinden das Kultur-, Sport- und Vereinsleben erheblich mit. Die Kommunen sind entsprechend angewiesen auf das Wohlergehen der Energiekonzerne. Bürgermeister*innen und Landespolitiker*innen setzten sich so teils vehement gegen einen Kohleausstieg ein.

Im Jahr der Bundestagswahl 2017 war wenig strittig, dass der Kohleausstieg politisch geregelt werden müsse, um den eskalierenden Konflikt in institutionelle Bahnen zu lenken und zu befrieden. Statt jedoch selbst eine politische Entscheidung zu treffen, setzte die neue schwarz-rote Koalition eine Kommission unter dem Namen »Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung« (KWSB) ein. Ihr Auftrag war es, einerseits den Kohleausstieg, aber vor allem den Strukturwandel und finanzielle Kompensationen der Unternehmen und Regionen zu verhandeln. Der Kommission gehörten drei Umweltschutzverbände, einige Klimawissenschaftler*innen und zu zwei Dritteln Vertreter*innen der IG BCE, Lokal- und Landespolitiker*innen aus den Kohleländern und Vertreter*innen von Wirtschaftsverbänden an. Diese Schlagseite der Kommission hin zu einer Abfederung des Strukturwandels statt konsequenter Klimaschutzmaßnahmen spiegelte sich auch in der politisch-institutionellen Rahmung: Statt im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit war die Kommission im Ministerium für Wirtschaft und Energie aufgehängt. Im Einsetzungsbeschluss wurde keine Höchstmenge an CO₂-Emissionen vorgesehen, Klimaschutz tauchte erst unter Punkt vier der Kommissionsaufgaben auf, das Ende der Kohleverstromung im fünften – der Ausbau erneuerbarer Energien fand keine Erwähnung (Bundesregierung 2018). Der Fokus der KWSB lag folglich auf der Abfederung des Strukturwandels: 17 Milliarden Euro wurden allein der Lausitz in den nächsten zwei Jahrzehnten zugesagt, der Kohleausstieg sollte schrittweise bis 2038 erfolgen. Ziel der Kommission war aus Sicht der Bundesregierung kein ambitionierter Klimaschutz, sondern den Konflikt um den Kohleausstieg in einem gesellschaftlichen Verfahren zu befrieden und über Verhandlungen zu beenden (Löw Beer/Gürtler et al. 2021, S. 411). Gesetzlich festgehalten ist der Kohleausstieg zu diesen Konditionen zum einen im Kohleausstiegsgesetz und zum anderen im Strukturstärkungsgesetz (Gürtler/Luh et al. 2021, S. 217).

Als die Kommission im Januar 2019 ihren Abschlussbericht vorlegte, in dem sie einen Kohleausstieg bis 2038 vorschlug, stimmten die beteiligten Umwelt-NGOs nur unter Vorbehalt eines früheren Enddatums zu. Der radikalere Teil der Klimabewegung währenddessen hatte gar nicht an den Verhandlungen teilgenommen und war vom Ergebnis bitter enttäuscht. Umgehend kündigten die Aktivist*innen den von der Bundesregierung und Kommission erhofften

gesellschaftlichen Friedensschluss auf und begannen wieder zu Aktionen zu mobilisieren. Inzwischen hatte sich im Licht der großen Demonstrationen um den Erhalt des Hambacher Walds im rheinländischen Kohleabbaugebiet im Herbst 2018 auch die gesellschaftliche Haltung zum Klimaschutz und Kohleausstieg geändert. Eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent sprach sich im Januar 2019 für einen »möglichst schnellen Kohleausstieg« aus (Forschungsgruppe Wahlen 2019) – nicht also für einen Ausstieg bis 2038. Während die Mitglieder der Kommission sich geeinigt hatten, spiegelte das Ergebnis nicht die Stimmung in der Bevölkerung. Die Enttäuschung über das unzureichende Ergebnis der KWSB stachelte auch die gerade entstehenden Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung an. In diesen neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen konnte der »Kohlekonsens« nicht genügen – und so verabschiedeten sich nach der Klimabewegung und einigen Klima-NGOs auch die Grünen davon. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 machten diese einen vorgezogenen Kohleausstieg sogar zur Bedingung einer Regierungsbeteiligung und entschieden damit den Konflikt im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung in ihrem Sinne zugunsten des Ausstiegs bis 2030 – vorerst.

Denn der Ausstieg aus Atom- und Kohleverstromung war an eine vermehrte Nutzung von fossilem Gas gebunden. Erdgas wurde in Deutschland hauptsächlich in der Wärmeversorgung eingesetzt – jedoch auch zu etwa 14 Prozent in der Stromversorgung. Gas galt lange als Brückentechnologie für den Atom- und Kohleausstieg: Während Atom- und Kohlekraftwerke sehr schwerfällig hoch- und herunterfahren, ist Gas flexibel einsetzbar – und somit geeignet, die schwankende Energieerzeugung aus erneuerbaren Trägern zu ergänzen, bis deren Menge und die notwendigen Speichermöglichkeiten ausreichen. Da Gas am effektivsten über Pipelines transportiert wird, war der Hauptlieferant für Deutschland schon lange Russland. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, den westlichen Sanktionen und dem damit entfachten »Energiekrieg« aber wurde das Gas nach Kriegsbeginn im Februar 2022 knapp – und so stand insbesondere der Wirtschaftsminister Habeck vor schwerwiegenden Entscheidungen zwischen einer Verlängerung der Kohle- oder Atomverstromung, Gasimporten und Sparmaßnahmen. Die Entscheidung für eine leicht verlängerte Atomkraft-Laufzeit und einen

etwas vorgezogenen Kohleausstieg folgte auf harte Verhandlungen vor allem in der eigenen Partei. Gerade für die ältere Generation der sogenannten Gründungsgrünen ist der Atomausstieg konstitutiv und nicht verhandelbar, für die jüngeren Mitglieder, von denen viele auch bei Fridays for Future aktiv waren, hingegen ist gute Klimapolitik an den Kohleausstieg gebunden. Unter den Vorzeichen drohender Energieknappheit verhandelten Habeck und die grüne nordrhein-westfälische Landeswirtschaftsministerin Mona Neubauer schließlich einen neuen Kohleausstiegsplan mit RWE: Der Kohleausstieg in NRW wurde zwar auf 2030 vorgezogen, der Ort Lützerath, an dem die Proteste der Klimabewegung in einem jahrelangen Protestcamp einen neuralgischen Ort gefunden hatten, musste dem Tagebau jedoch weichen. Die Zerstörung des Dorfes im Januar 2023 unter einem massiven Polizeiaufgebot führte zu einem Bruch zwischen der radikalen Klimabewegung und den Grünen (Brand/Wissen 2023, S. 93). Insgesamt gelang es Habeck und Neubauer jedoch, einen gesellschaftlichen Kompromiss herzustellen, der den Konflikt vollends auf die parlamentarische Ebene hob und damit auch die außerparlamentarische Anti-Kohlebewegung in diesem Sinne beendete.

Welche Gesellschaft zusammengehalten werden soll

In der Debatte um den Kohleausstieg erscheint der »gesellschaftliche Zusammenhalt« vor allem als normatives Ziel – damit verbunden ist die Sorge, die Gesellschaft könnte an Konflikten zerbrechen, die öffentliche Meinung auseinanderdriften oder die Zustimmung zum politischen System schwinden. Anhand des Kohleausstiegs lässt sich ein Konfliktfeld zwischen einer schnellen, klimapolitisch notwendigen Transformation des Energiesektors und einem langsamen Strukturwandel in den Regionen ausmachen. Als Hauptakteur*innen stehen auf der einen Seite Klima-Aktivist*innen, die die Klimakrise als globales und zeitkritisches Phänomen begreifen.

Für sie kristallisiert sich im Kohleabbau die Klimazerstörung auf national-staatlichem Territorium, die jedoch Menschen auf der ganzen Welt betrifft – insbesondere aber Menschen im Globalen Süden, die die Folgen der Klimakrise durch Überschwemmungen, Hitzewellen und Extremwetter schon heute ungleich härter spüren. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die in Kohleabbaugebieten leben und die den Kohleausstieg als persönliche Bedrohung begreifen: als Transformation ihrer Lebensverhältnisse, als Arbeitsplatzverlust, als möglichen Strukturbruch in ihrer wirtschaftlich sonst schwachen Region. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verbindet sich dort auch nachlassende gesellschaftliche Integration und Wertschätzung, der Verlust regionaler Identität und Kultur. In den ostdeutschen Kohlerevieren haben Menschen zudem teilweise den Eindruck, ihnen würde ein zweiter Strukturwandel nach der Wiedervereinigung aufoktroziert.

Im Konflikt um den Kohleausstieg wurde der Begriff des »gesellschaftlichen Zusammenhalts« fast ausschließlich gegen die Befürworter*innen eines ambitionierten Klimaschutzes und eines zügigen Kohleausstiegs positioniert. Bereits im Einsetzungsbeschluss der Kohlekommission hieß es, ihr Ziel sei, »einen Instrumentenmix [zu] entwickeln, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz zusammenbringt« (Bundesregierung 2018). Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Klimaschutz werden so zunächst gegeneinander positioniert. Auch die damaligen Ministerpräsidenten der Kohleländer NRW und Sachsen, Armin Laschet und Michael Kretschmer, forderten am 25. Juni 2018 in einem gemeinsamen Gastbeitrag im Handelsblatt, dass »es keinen energiepolitischen Kurzschluss geben [darf]. Wir brauchen stattdessen Weitblick, das heißt durchdachte Maßnahmen, die langfristig Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern«. In ihrem Beitrag machen sie Zeit als wichtigste Ressource für einen gelingenden Wandel und gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Sie schreiben, dass neue Arbeitsplätze und Strukturen die Bedingung dafür seien, die fossilen Energien herunterzufahren, und dass »diese Prozesse in der Regel länger dauern und deutlich mehr Ressourcen beanspruchen als ursprünglich angenommen«.

Der Konflikt um den Kohleausstieg wird so auch zu einem grundlegenden verschiedener Zeit- und Handlungshorizonte. Auf der Seite der Klima-Aktivist*innen prägt das Verständnis der fortschreitenden planetaren Klimakatastrophe einen schrumpfenden Zeithorizont, der schnelles Handeln erfordert, um gesellschaftliches Zusammenleben langfristig zu sichern. Mit dem Fokus auf eine potenziell apokalyptische Zukunft schließt sie an Szenarien der frühen Ökologie-Bewegung an, aus deren Zukunftshorizont ein unmittelbarer Handlungsdruck in der Gegenwart folgte. Auf der anderen Seite stehen Menschen und Politiker*innen in den Kohleregionen, deren Zeitverständnis stärker auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozesse gerichtet ist. Aus deren Perspektive erfordern sozialökonomische Transformationsprozesse Zeit für den Abbau von Widerständen und Ängsten, Meinungsbildung und Bürger*innenbeteiligung.

Der »gesellschaftliche Zusammenhalt« wurde im Kontext des Kohleausstiegs fast ausnahmslos als Argument für einen langsamen Kohleausstieg, also im Sinn des zweiten, sozioökonomisch grundierten Zeitverständnisses verwendet. Analytisch stellt sich damit die Frage nach der zeitlichen Kontur, in der der gesellschaftliche Zusammenhalt gedacht wird. Im Konflikt um den Kohleausstieg bezieht er sich offensichtlich auf die gegenwärtige Gesellschaft und die nächsten wenigen Jahre. Er schließt all jene ein, die aktuell arbeiten und wählen können, bezieht die jungen und kommenden Generationen hingegen kaum ein. Auch in Deutschland aber wird sich die Klimakrise zunehmend verschärfen. In manchen Regionen sinkt der Wasserspiegel, in anderen ist mit häufigen Dürren und Hitzewellen oder Starkregenereignissen zu rechnen (Reimer/Staud 2021, S. 11). Überall, wo diese Klimawandelfolgen auftreten, werden sie auch in Deutschland soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Armen und Reichen, Stadt und Land vertiefen. Auch der Konflikt zwischen den Generationen – den Jungen, die die Folgen der Klimakrise erleben, und ihren Eltern und Großeltern, die sie mit verursacht oder zumindest nicht gestoppt haben – wird sich verschärfen. Mit Blick auf diese Szenarien wäre es auch möglich, »gesellschaftlichen Zusammenhalt« anders zu denken. Würde man den Standpunkt der kommenden Generationen einnehmen und diese als kollektives Subjekt des gesellschaftlichen Zusammenhalts begreifen, hieße dies, in der Gegenwart zügig Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, um gesellschaftliche Zerwürfnisse in der Zukunft zu begrenzen.

Die Frage nach der Entität des Zusammenhalts wirft anschließend die Frage der räumlichen Dimension auf, in der Zusammenhalt gedacht wird. Im Einsetzungsbeschluss der KWSB geht es genauso wie im oben genannten Gastbeitrag ganz explizit um den Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft. Durch einen langsamen Kohleausstieg haben Menschen in Deutschland zwar mehr Zeit für regionale und biographische Anpassungsprozesse. Für Menschen in anderen Ländern, die stärker von der Klimakrise betroffen sind, aber spitzt sich die Situation mit jedem Zehntel Grad Erderwärmung zu. Im Diskurs um den Kohleausstieg wird der »gesellschaftliche Zusammenhalt« national und exklusiv verstanden, er schließt all jene Menschen, insbesondere im Globalen Süden, aus, die deutlich höhere Folgekosten des Klimawandels zu verzeichnen haben. Deutlicher wird dies noch einmal, betrachtet man den innenpolitischen Diskurs. Es ist die Rede davon, dass ein langsamer Strukturwandel insbesondere in der Lausitz einen »zweiten Strukturbruch« verhindern solle. Der erste Strukturbruch in dieser Zählweise sind die Arbeitsplatzverluste, die ökonomischen und biographischen Zäsuren nach der Vereinigung, als anstatt der versprochenen »blühenden Landschaften« Industrieruinen das Bild prägten. Viele Menschen, die sich damals große Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung gemacht hatten, sind bis heute enttäuscht. In ihrem Selbstbild als ehemalige Energieversorger*innen der DDR fühlen sie sich nun zu »Klimasündern« abgewertet (Behrmann 2019, S. 261f.). Angesichts steigender Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland gewinnt insbesondere in der Kommunal- und Landespolitik eine behutsame Transformation an Bedeutung (Gürtler/Luh et al. 2021, S. 217f.). Der beschworene »gesellschaftliche Zusammenhalt« zeigt sich hier national exklusiv nach außen, aber integrativ nach innen.

In der skizzierten zeitlichen und räumlichen Begrenzung der Vorstellung von »Zusammenhalt« wird eine konservative Ausrichtung des Begriffs deutlich: Er wird in Stellung gebracht, um einen Status quo gegen schnelle Veränderung und Herausforderungen der Demokratie zu verteidigen. Im Fokus der Debatte stehen vor allem die Verluste: die wegbrechende Identifikation mit dem Arbeitsplatz und der Kohle, der wirtschaftliche Niedergang, die fehlenden Steuereinnahmen einer Großindustrie für die betroffenen Kommunen. Risikoärmer scheint es, den regionalen Zusammenhalt nicht durch schnelle Transformationen zu gefährden.

Doch in dieser konservativen Vorstellung bleibt einiges ausgeblendet. Konflikte um den Kohleabbau sind nicht erst mit der jüngsten Klimabewegung entstanden. In Kohleabbaugebieten spaltete die Frage der Gewinne und Verluste mit der Kohle über Generationen ganze Dörfer. Auf der Gewinner*innenseite standen all jene, die mit der Kohle ein gutes und sicheres Gehalt verdienten, Kommunen in der modernen Peripherie, deren Einnahmen gesichert waren. Auf der anderen Seite standen die, die durch Enteignungen ihrer Häuser und Abaggerungen ganzer Dörfer ihr Zuhause verloren, gesundheitliche Folgen des Kohleabbaus oder Unfälle im Bergbau zu spüren bekamen sowie die Zerstörung von Natur nicht hinnehmen wollten. Nicht wenige konnten sich jedoch keiner der beiden Seiten zuschlagen: Der Lausitzer Liedermacher und Kohlebagger-Fahrer Gerhard Gundermann erzählt auf seinem Live-Album »Das letzte Konzert«, dass er ohne den Strukturbruch nach der Wende im Jahr 2002 mit dem Bagger bei dem Eingeweckten im eigenen Keller angekommen wäre.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt oder: warum die Demokratie den Konflikt braucht

Der »Kohleausstieg« ist ein genuiner Konfliktbegriff: Er wurde maßgeblich von sozialen Bewegungen geprägt und konfrontativ eingebracht, um gesellschaftlichen Wandel zu beschleunigen. Damit steht er in Spannung zur hegemonialen Verwendung des Begriffs des »gesellschaftlichen Zusammenhalts«, der als Argument gegen eine schnelle Transformation und gegen die offene Austragung von Konflikten verwendet wird. Dabei fällt jedoch die ebenfalls konfliktvolle Geschichte des Kohleabbaus unter den Tisch. Dieses konservative Verständnis muss jedoch nicht notwendigerweise die Vorstellung von »gesellschaftlichem Zusammenhalt« prägen. Vielmehr zeigt sich mit Blick auf die Geschichte des Kohleausstiegs, dass auch die offene Aushandlung von Konflikten für Demokratie und Zusammenhalt wichtig sein kann.

Der Versuch, einen wie auch immer imaginierten gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schützen, Konflikte unter den Teppich zu kehren, führt zu einem Vertrauensverlust in demokratische Handlungsmöglichkeiten. Denn ein Versprechen der Demokratie ist, dass gesellschaftliche Verhältnisse, wie das der Kohlenutzung, immer wieder neu ausgehandelt werden können, wenn ein substanzieller Teil der Gesellschaft gegen den Status quo protestiert. Bekommen Menschen den Eindruck, ihr Protest entfalte keine Wirksamkeit, dann wenden sie sich enttäuscht vom System ab, dessen Versprechen nach Beteiligung uneingelöst blieb. In der Lausitz nährten Umweltaktivist*innen der gerade verschwundenen DDR bereits nach der Wende Hoffnungen, im demokratischen System ließe sich etwas gegen den Kohleabbau unternehmen. Abgelöst wurden die politisch autoritären und planwirtschaftlichen Bestimmungen des SED-Regimes jedoch von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Bundesrepublik: Auch der Energiehunger im kapitalistischen System diktierte der Region den weiteren Kohleabbau, ohne dass dieser in demokratischen Institutionen hätte diskutiert werden können. Aber auch für die, deren Existenzen biographisch und wirtschaftlich eng mit der Kohle verwoben waren, führte der Strukturbruch nach 1990 zu einem Vertrauensverlust in die neuen demokratischen Institutionen und Politiker*innen (Gürtler/Luh et al. 2021, S. 217). In der ganzen Region verloren zwischen 1990 bis 2005 70.000 Arbeitende ihren Job. Beiden Enttäuschungen ist gemein, dass die Bürger*innen vor Ort in Entscheidungen nicht einbezogen wurden – und so Frustration und Ressentiment gegen jene entstanden, die über ihren Kopf hinweg über ihre Heimat entschieden. Auch im gegenwärtigen Strukturwandel bleiben die Partizipationsmöglichkeiten zu gering (ebd., S. 224). In der Lausitz – aber auch den anderen Strukturwandelregionen – müssen daher zwei Probleme gleichzeitig behandelt werden: die Umsetzung des Kohleausstiegs und der Nachhaltigkeitsziele innerhalb einer Legitimitätskrise demokratischer Institutionen. Nachhaltigkeitsforscher*innen empfehlen deshalb einerseits demokratische Diskursräume zu schaffen, in denen die verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen der Transformation – lokal und global – sowie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse besprochen werden können. Auch Konflikte in der Bevölkerung, zwischen Bürger*innen-Initiativen, innovativen Unternehmen und Gegner*innen des

Wandels müssen in solchen moderierten Formaten diskutierbar werden. Konflikt kann, gerade wenn er lange nicht ausgetragen werden konnte, so zu einem »transformativen Schlüsselmoment« (Herberg/Gabler et al. 2020, S. 61) werden – insbesondere dann, wenn es in Kommunikationsräumen gelingt, den gemeinsamen Bezug auf das Gemeinwohl zu artikulieren, zu verhandeln, und es den Einzelnen erlaubt, ihre Haltung zu ändern. Gleichzeitig müssen bereits vorhandene demokratische Initiativen personell und finanziell unterstützt werden. Nicht zuletzt empfehlen Wissenschaftler*innen den Landesregierungen die Einbeziehung von per Losverfahren nominierten Bürger*innen in Entscheidungen, die die Region betreffen (ebd.).

Als Vorbild dafür dient der Klimarat in Frankreich: In Reaktion auf die Gelbwestenproteste setzte Regierungschef Emmanuel Macron im Jahr 2019 einen Bürger*innen-Rat ein, der über Klimaschutz-Maßnahmen und gerechte Lastenverteilung debattierte. Als Zielvorgabe erhielt der Rat eine Senkung der CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent. Nach einem Jahr der Verhandlungen wurde sich schließlich auf ein klimapolitisch sehr ambitioniertes Maßnahmenpaket mit hoher demokratischer Legitimation geeinigt. Anders als in den Vorgaben der Kohlekommission könnten auch hierzulande CO₂-Budgets als Rahmen für demokratische Aushandlungen gesetzt werden. Mit Blick auf dieses Beispiel könnte der Begriff des »gesellschaftlichen Zusammenhalts« auch aus progressiver statt konservativer Richtung gefüllt werden – als neuer Prozessbegriff einer gelungenen sozial-ökologischen und demokratischen Transformation.

